

DEUTSCHE BANK

Ackermann will Vertrag erfüllen

Josef Ackermann will bis 2013 Deutsche-Bank-Chef bleiben. „Es macht sehr viel Spaß, in diesen turbulenten Zeiten dieses Kreditinstitut zu führen“, sagte er Ende vergangener Woche zu Spekulationen, er könnte vorzeitig aus seinem bis 2013 laufenden Vertrag aussteigen. Vielmehr wolle er an einem „besseren Finanzsystem“ mitbauen, sagte Ackermann zu seiner Motivation. Er dementierte, dass er bereits mit Aufsichtsratschef Clemens Börsig auf der Suche nach einem Nachfolger sei. Es gehe in den Gesprächen mit Börsig allein darum, nach welchen Kriterien gesucht werde. „Die Deutsche Bank ist nicht nur eine Bank, sondern muss auch eine wichtige politische Rolle spielen“, sagte er zum Anforderungsprofil seines Nachfolgers. Das könnte gegen seinen mächtigen Investmentbanker Anshu Jain sprechen. Der Topmann mit Sitz in London gilt hierzulande als schwer vermittelbar: zu angloamerikanisch, zu renditegetrieben. Doch Jains Hausmacht wird immer größer, in Kürze wird er zusätzlich den Geschäftsbereich Unternehmensfinanzierung von seinem wahrscheinlich ausscheidenden Vorstandskollegen Michael Cohrs übernehmen. Cohrs sei „amtsmüde“, heißt es in der Bank.



GEWERKSCHAFTEN

„Einseitig und zur falschen Zeit“



ANDREAS REEG

IG-Metall-Chef Berthold Huber, 60, zum Sparpaket der Bundesregierung und zur Absage an Opel-Hilfen

SPIEGEL: Herr Huber, warum lehnen Sie das Sparpaket der Bundesregierung ab?

Huber: Ich weiß um das Problem der Verschuldung, Einnahmen und Ausgaben müssen im Einklang sein. Aber wir stecken mitten in der Krise, aus der kann man sich nicht herausparen. Die Regierung spart einseitig und zur falschen Zeit.

SPIEGEL: Belastet das Sparpaket den bevorstehenden Zukunftsgipfel bei der Kanzlerin?

Huber: Ich will, dass die Regierung gefälligst sagt, was sie vorhat. Möchte sie die Zukunft allein dem Spiel der Märkte überlassen? Was will sie mit der jungen Generation machen? Was soll mit den prekären Arbeitsverhältnissen geschehen? Aber ich nehme mir nicht vor, jeden Tag Streit mit der Kanzlerin zu haben, solange sie das nicht herausfordert.

SPIEGEL: Was ist denn an dem Sparpaket so unsozial?

Huber: Unsozial ist, dass nicht die Verursacher der Krise, sondern die Opfer zur Kasse gebeten werden. Ungerecht ist, bei den Hartz-IV-Empfängern zu sparen. Es ist ungerecht, dass jene, die mehr haben, und dazu zähle auch ich, überhaupt nicht



Merkel auf der ILA in Berlin

LUFTHANSA

9,5 Milliarden für eine Kanzlerin

Der spektakuläre Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der arabischen Fluglinie Emirates am Dienstag vergangener Woche auf der Internationalen Luftfahrtschau (ILA) in Berlin hatte offenbar einen ernsteren Hintergrund als bislang bekannt. Nach Aussagen eines Regierungssprechers machte der Airbus-Kunde ihre Anwesenheit „zur Bedingung“ für die Vertragsunterzeichnung über 32 Exempla-

re des Riesenjets vom Typ A380 im Wert von 9,5 Milliarden Euro. Wegen der überragenden Bedeutung des Auftrags habe man die Forderung schließlich erfüllt. Beobachter vermuteten bislang, die Kanzlerin wollte den Lufthansa-Rivalen bewusst hofieren, um ihrem Verkehrsminister Peter Ramsauer demonstrativ beizuspringen. Der CSU-Politiker war wegen seiner Asche-Flugverbote von Konzernlenker Wolfgang Mayrhuber und Aufsichtsratschef Jürgen Weber zuletzt scharf kritisiert worden. Ein Merkel-Vertrauter bestreitet, dass es Spannungen zwischen der Lufthansa und der Bundesregierung gibt. Hochrangige Lufthansa-Manager fühlen sich trotzdem düpiert, und das offenbar aus gutem Grund. Bereits im Vorfeld der ILA hatte Mayrhuber gefordert, den Luftverkehr ein Jahr später als geplant in den Emissionshandel einzubeziehen, um die Airlines für ihre Verluste durch den isländischen Vulkanausbruch zu entschädigen. Stattdessen beschloss die Bundesregierung im Rahmen ihres Sparpakets überraschend, vor allem heimische Fluglinien mit einer Luftverkehrsabgabe zu belasten. Ramsauer sprach sich zudem gegen die Privatisierung der Deutschen Flugsicherung aus und bedauerte sogar, dass sich der Bund schon vor längerer Zeit komplett von seinen Lufthansa-Anteilen trennte. Wie gut die Kontakte der Lufthansa zur Regierung tatsächlich sind, dürfte sich in den kommenden Monaten herausstellen. Als Gegenleistung für ihre Großbestellung wollen die Araber weitere Verkehrsrechte in Deutschland. Die Lufthansa ist strikt dagegen.